

Schwarz-Blau will Kopftuchverbot für Mädchen und strenge Strafen!

ÖVP und FPÖ in Niederösterreich fordern ein strenges Gesetzespaket gegen politischen Islam, inklusive Kopftuchverbot für Mädchen.

Niederösterreich, Österreich - In Niederösterreich planen die Regierungsparteien ÖVP und FPÖ ein umfassendes Gesetzespaket, um den politischen Islam zu bekämpfen und die Integration zu forcieren. **Österreich berichtet, dass** das vorgelegte Paket Maßnahmen umfasst, die auch finanzielle Strafen für Integrationsverweigerer vorsehen. Diese Strafen könnten bis zu 2.500 Euro betragen, beispielsweise für das Versäumen von verpflichtenden Elterngesprächen in Kindergärten.

Jochen Danninger, ÖVP-Klubobmann, bezeichnet den Aktionsplan als wegweisend für die Bundesländer. Die Vorschläge der Regierungsparteien verlangen zudem ein bundesweites Kopftuchverbot für Mädchen und eine verpflichtende Mitwirkung der Eltern an Schulen. In diesem Zusammenhang wird ein Ausbau von Angeboten zur Bekämpfung von Extremismus gefordert. Außerdem soll eine weltanschaulich neutrale Schulaufsicht eingeführt werden, um die Vermittlung österreichischer Werte in den Lehrplänen zu gewährleisten. Ein weiterer Aspekt sind Vorgaben zur Unterrichtssprache, wobei Deutsch als zwingend festgelegt und Halal-Schlachtungen beim Schulessen abgelehnt werden sollen.

Maßnahmen im Detail

Die geplanten Änderungen betreffen zunächst vor allem Kindergärten, wo unter anderem die Hausordnungen verschärft werden sollen. Zukünftig soll auch eine Pflicht zur Elternmitwirkung in diesen Einrichtungen gelten. Ein weiterer Punkt ist die Einführung eines Verschleierungsverbots für Landesbedienstete. Zudem wird eine Beobachtungsstelle für den radikalen Islam in Planung gebracht. Der Landtag hat jedoch keinen Einfluss auf ein Kopftuchverbot für Mädchen unter zehn Jahren, weshalb diese Thematik an die Bundesregierung weitergegeben wird.

Experten warnen vor der Gefahr der Symbolpolitik und einer pauschalen Stigmatisierung von Muslimen. Kritiker weisen darauf hin, dass viele Probleme, wie die Radikalisierung im Internet, nicht auf Landesebene gelöst werden können. Es bleibt die Frage, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen echtem Sicherheitsschutz dienen oder lediglich symbolischer Natur sind.

Integrationsdebatte in Österreich

Die Maßnahmen stehen im Kontext einer breiteren Diskussion über die Integration von Muslimen in Österreich. In dem Buch „Der Islam in Österreich und in Europa: Die Integration und Beteiligung der Muslime und Musliminnen in der Gesellschaft“, herausgegeben von Wolfgang Benedek und Kamel G. Mahmoud, werden verschiedene Aspekte der Integration behandelt. Das Werk thematisiert unter anderem die soziale Partizipation, Fremdeinschätzungen und die Rolle der Schulbildung als Integrationschance für Muslime. **Fachportal Pädagogik erwähnt, dass** ein Dialog zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses von zentraler Bedeutung ist.

Die widersprüchlichen Ansichten zu den neuen Maßnahmen zeigen, dass der Umgang mit dem Thema Integration in Österreich weiterhin ein hochsensibles und viel diskutiertes Feld ist. Ob die gesetzgeberischen Schritte tatsächlich zu einer besseren Integration führen oder ob sie möglicherweise zu weiterer Isolation und Stigmatisierung beitragen, bleibt

abzuwarten.

Details	
Ort	Niederösterreich, Österreich
Quellen	• www.oe24.at • www.fachportal-paedagogik.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at